

**Antrag auf eine Beihilfe zu den von der Genossenschaft getragenen Revisionskosten  
im Sinne des Art. 8 des Regionalgesetzes vom 14. Februar 1964, Nr. 8**

**Stempelmarke zu 16,00 Euro  
mit dem eindeutigen elektronischen Kodex**

(Ausnahme ONLUS)

An die Autonome Provinz Bozen Südtirol  
Ressort Gesundheit, Breitband und Genossenschaften  
Amt für die Entwicklung des Genossenschaftswesens

**PEC: gen.coop@pec.prov.bz.it**

Der/die Unterfertigte

geboren am

in

gesetzlicher/e Vertreter/in der genossenschaftlichen Körperschaft :

mit Sitz in

PLZ

Ort

Prov.

Straße

Nr.

Tel.

E-Mail

PEC

Steuernummer

Mehrwertsteuernummer

**beantragt**

die Gewährung einer Beihilfe für die von der Genossenschaft getragenen Kosten in Höhe von Euro

bezüglich der ordentlichen Revision, welche im Auftrag des Landesamtes für die Entwicklung des

Genossenschaftswesens, am

von Herrn/Frau

abgeschlossen wurde.

**Hinweise für die Auszahlung**

IBAN

Bankinstitut

**Der/die Unterfertigte erklärt**

unter eigener Verantwortung gemäß Artikel 5 des Landesgesetzes Nr. 17 vom 11. Oktober 1993 in geltender Fassung sowie in Kenntnis der gemäß Artikel 2/bis des Landesgesetzes Nr. 17 vom 11. Oktober 1993 vorgesehenen Verwaltungsstrafen und der gemäß Artikel 76 D.P.R. 445/2000 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen im Falle von nicht der Wahrheit entsprechenden oder unvollständigen Aussagen (zutreffendes Feld ankreuzen) :

- 1)  dass für die Aktivitäten und angenommen Ausgaben des vorliegenden Gesuchs keine weiteren öffentlichen Mittel erhalten oder beantragt wurden.
- 2) dass die Mehrwertsteuer, welche auf die betreffenden Maßnahmen, gemäß DPR 633/72, angewandt werden muss:
- in vollem Ausmaß abzugsfähig;
- teilweise abzugsfähig zu  %;
- nicht abzugsfähig ist, weil es sich um Tätigkeiten handelt, die von den Artikeln 4 und 5 des DPR 633/72 nicht vorgesehen sind;
- nicht abzugsfähig ist, weil es sich um freie Handels- und Berufstätigkeiten im Sinne des Art. 36bis des DPR 633/72 handelt.
- 3) dass die Stempelsteuer in Höhe von € 16,00 entrichtet worden ist:
- mittels der auf der 1. Seite angegebene Stempelmarke, welche ausschließlich für das vorliegende Dokument verwendet wird und weiters für 3 Jahre, im Sinne des Art. 37 des DPR 26.10.1972, Nr. 642 aufbewahrt wird;
- mittels Zahlschein F23 (Steuerkodex 456T) - eingescannt diesem Ansuchen beizulegen;
- mittels virtueller Stempelmarke (bollo virtuale) des Wirtschaftsteilnehmers; die Stempelsteuer ist durch Ermächtigung Nr.  Erteilt von der Agentur der Einnahmen am  entrichtet worden;
- die genossenschaftliche Körperschaft ist von der Stempelsteuer im Sinne von Art. 10 und Art. 17 des GVD 04.12.1997, Nr. 460 (O.N.L.U.S.) befreit.
- 4) dass hinsichtlich der Pflicht zum Steuereinbehalt von 4% gemäß Art. 28 des D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600, der Beitrag wie folgt einzustufen ist:
- Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten einer Handels- oder Unternehmenstätigkeit (**vorsteuereinbehaltspflichtig**);
- Obwohl der Begünstigte nicht ausschließlich oder vorwiegend eine Handelstätigkeit ausübt, dient der Beitrag zur Verminderung von Betriebslasten oder zur Deckung von Defiziten der Betriebsführung, die auch Einnahmen aus einer gelegentlichen Handelstätigkeit enthält (**vorsteuereinbehaltspflichtig**);
- Der Beitrag dient ausschließlich zur Deckung von Ausgaben oder Betriebsverlusten, die sich bei der Durchführung von institutionellen Aufgaben ergeben (**nicht vorsteuereinbehaltspflichtig**);
- Die begünstigte Körperschaft ist eine gemeinnützige Organisation ohne Gewinnabsichten (ONLUS), im Landesverzeichnis der Sozialgenossenschaften, ehrenamtlich tätigen Organisationen, Vereine, usw. laut Art. 10, D. Lg. N. 460/97 eingetragen (**nicht vorsteuereinbehaltspflichtig**);
- Der Beitrag ist von der genannten Pflicht des Vorsteuerabzuges aufgrund der Gesetzesbestimmung  befreit (**nicht vorsteuereinbehaltspflichtig**);

**Antrag auf eine Beihilfe zu den von der Genossenschaft getragenen Revisionskosten  
im Sinne des Art. 8 des Regionalgesetzes vom 14. Februar 1964, Nr. 8**

**Folgende Unterlagen sind im PDF-Format beizufügen:**

<p>→ <b>Ausgabenbelege:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• die elektronische Rechnung als XML-Datei und</li><li>• die elektronische Rechnung im PDF-Format</li></ul>
<p>→ <b>Quittierter Nachweis für die Einzahlung des eventuellen Steuerrückhalts der Rechnung/Honorarnote</b></p> <p>* das Modell F24 zusammen mit dem Überweisungsbeleg</p> <p>Im Falle einer Sammelbescheinigung über die Einzahlungen des Steuerrückhalts ist, für die genaue Rückverfolgbarkeit, eine Aufstellung, aus der die einzelnen Posten klar hervorgehen, beizulegen.</p>
<p>→ <b>Zahlungsbestätigungen :</b></p> <p>* Kontoauszug, aus dem die effektiven Bewegungen des Kontos hervorgehen (Zahlungen markieren);</p> <p>* Homebanking - Zahlungsbelege mit dem Status "Zahlung durchgeführt" - Ausdruck erst nach 72 Stunden (es ist notwendig die Quittung über die erfolgte Operation nachzuweisen und nicht nur die Zahlungsbestätigung).</p>

**Der/die Antragssteller/in ist darüber informiert, dass unvollständige und nicht der Wahrheit entsprechende Angaben gemäß Art. 76 DPR vom 28.12.2000, Nr. 445, sowie Art. 2/bis des Landesgesetzes, Nr. 17/1993 strafrechtlich verfolgt werden können.**

**Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016**

**Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung:** Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, Landhaus 1, 39100, Bozen, E-Mail: [generaldirektion@provinz.bz.it](mailto:generaldirektion@provinz.bz.it)

PEC: [generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it](mailto:generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it)

**Datenschutzbeauftragte (DSB):** Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: E-Mail: [dsb@provinz.bz.it](mailto:dsb@provinz.bz.it) PEC: [rpd\\_dsb@pec.prov.bz.it](mailto:rpd_dsb@pec.prov.bz.it)

**Zwecke der Verarbeitung:** Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des [Regionalgesetzes vom 14.02.1964, Nr. 8](#) in geltender Fassung angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person der Direktor/die Direktorin pro tempore des Landesamtes für die Entwicklung des Genossenschaftswesens an seinem/ihrem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

**Mitteilung und Datenempfänger:** Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Ministero dello Sviluppo Economico, Regierungskommissariat und andere lokale, nationale und europäische öffentliche Körperschaften oder öffentliche Einrichtungen, In-House-Gesellschaften oder Hilfskörperschaften der Autonomen Provinz Bozen, für die genossenschaftliche Revision beauftragter Revisor. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet,

personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln, ohne die vom Abschnitt V der Datenschutz-Grundverordnung 2016/679 geeigneten vorgesehenen Garantien. Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftragsverarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Rechtsinhaber.

**Datenübermittlungen:** Es werden keine zusätzliche personenbezogene Daten an Drittländer übermittelt.

**Verbreitung:** Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

**Dauer:** Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

**Automatisierte Entscheidungsfindung:** Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

**Rechte der betroffenen Person:** Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

**Rechtsbehelfe:** Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Datum:

**(Digitale) Unterschrift des/der gesetzlichen Vertreters/in**

**BEIZULEGEN** nur wenn händisch unterzeichnet:

Kopie eines gültigen Ausweises des/der gesetzlichen Vertreters/in  
(Art. 38 des DPR vom 28. Dezember 2000, Nr. 445, Ersatzerklärungen)